

# Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebbers

## Indien und China

Der Besuch von Premierminister Rao in Peking wurde von den indischen Medien euphorisch als Durchbruch in den seit mehr als drei Jahrzehnten recht gespannten Beziehungen zwischen den beiden Ländern gefeiert. Das wichtigste Abkommen, das die Regierungschefs der beiden Länder unterzeichneten, betrifft die sogenannte 'Line of Actual Control', die seit Jahren umstrittene Grenzlinie zwischen Indien und China. Es wurde vereinbart, die Truppen entlang dieser Grenze zu reduzieren und eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzurichten, die den tatsächlichen Verlauf dieser Linie bestimmen soll.

Die Regierungschefs beider Länder unterzeichneten außerdem Abkommen über die Ausweitung des 'border trade', über Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes und über Kooperationsmaßnahmen im Bereich Radio- und Fernsehen. Die Abkommen sehen die Einrichtung eines zweiten Grenzübergangs für den Handel zwischen den beiden Ländern vor. Nachdem bereits 1992 der 'Lipulekh Paß' in Uttar Pradesh für den gegenseitigen Handel geöffnet worden war, soll jetzt auch der 'Shipki'-Paß für den Verkehr freigegeben werden. Angesichts des steigenden Handelsvolumens zwischen den beiden Ländern in der Region meinten indische Politiker, es könne nicht mehr lange dauern, bis weitere Handelswege geöffnet würden. Angestrebt wird außerdem die Einrichtung einer direkten Luftverbindung zwischen Indien und China. Während China sich in der Kashmirfrage auf die Seite Indiens stellte und "jedwede Form von Terrorismus" ablehnte, betonte Indien, daß es Tibet als einen autonomen Teil Chinas betrachte.

## Religion und Politik

Die indische Regierung hat kürzlich im Parlament zwei Anträge eingebracht die das Ziel haben, Religion und Politik voneinander zu trennen. Danach sollen die Verfassung und der 'Representation of the People Act' von 1951 dahingehend

ergänzt werden, daß der Mißbrauch von Religion zu politischen Zwecken verboten wird. Die Regierung beabsichtigt damit nach eigenen Angaben, Politik und Religion strikt zu trennen. Besonders heftig reagierte die 'Bharatiya Janata Party' (BJP) auf diese Regierungsvorhaben. Sie sieht in den Gesetzesentwürfen einen 'Anschlag auf die Demokratie'. Politik und Religion, so die indische Partei, die bisher wohl am stärksten religiöse Motive zum Inhalt ihrer Politik machte, dürften überhaupt nicht von einander getrennt werden.

Der Regierungsvorschlag sieht vor, daß Kandidaten, die im Wahlkampf religiöse Themen aufgreifen oder religiöse Symbole im Wahlkampf einsetzen, von einer Kandidatur um einen Parlamentssitz ausgeschlossen werden können. Parteien und Organisationen, welche die Harmonie zwischen den verschiedenen Religionsgruppen stören und kommunalistische Auseinandersetzungen fördern, sollen verboten werden können.

Diese Gesetzesvorschläge sind nicht nur in der BJP auf Ablehnung gestoßen. Auch die linken Oppositionsparteien 'Janata Dal' und die Kommunisten (CPI-M) lehnen den Regierungsvorschlag in seiner bisherigen Form ab. Die Trennung von Religion und Politik zwar grundsätzlich befürwortend, sehen sie in der Regierungsinitiative nur ein billiges Manöver, von der aktuellen Krise abzulenken, in der sich Rao befindet. Ein von allen Parteien gebildeter Parlamentsausschuß hat knapp eine Woche nach der Vorstellung der Gesetzesentwürfe eine Stellungnahme zu diesen vorgelegt, in dem mit Ausnahme der BJP alle Parteien der Idee, Religion und Politik voneinander zu trennen, prinzipiell befürworten. Nach Meinung der BJP bedeuten solche legislativen Maßnahmen, "Indien seiner Seele zu berauben". Bei der Kritik der übrigen Parteien geht es vor allem um die Institutionalisierung eines Parteienverbotes bzw. des Ausschlusses einzelner Kandidaten von den Wahlen, d.h. um die Frage, welche Gremien oder Institutionen mit einer solchen Entscheidung betraut werden sollen - hier existierten zu viele

Möglichkeiten eines Mißbrauchs solcher gesetzlichen Vorkehrungen. Die CPI (M) schlägt vor, die 'High Courts' sollten hierzu unabhängige 'Geschworene' einsetzen, die dann die Entscheidung über die Aufnahme eines Kandidaten in die Wahllisten zu bestimmen hätten. In der 'Janata Dal' besteht über die beabsichtigten Gesetzesänderungen dagegen offenbar keine Einigkeit. Während die Partei den Vorschlägen des Komitees grundsätzlich zustimmt, hat George Fernandes - einer der führenden Köpfe dieser Partei -, die Vorschläge kategorisch abgelehnt und damit gedroht, seinen Parlamentssitz aufzugeben, falls das Parlament solche Gesetzesänderungen verabschieden würde.

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament ist aufgrund der weitreichenden Ablehnung dieser Regierungsvorschläge eine Verfassungsänderung, wie Roas sie vorgeschlagen hat, zum jetzigen Zeitpunkt jedoch völlig ausgeschlossen.

## Aufforderung zur Lynchjustiz

Auf ihrer Jahresversammlung in Calcutta forderte die 'Bharatiya Janata Party' (BJP) in einer Resolution dazu auf, illegale Einwanderer aus Bangladesh aus der Stadt zu vertreiben. Die BJP definiert einen Hindu aus Bangladesh als Flüchtling, geht bei Moslems dagegen davon aus, daß sie illegal nach Indien gekommen sind.

In den Grenzregionen zwischen Indien und Bangladesh haben nach der Verfassung der Staatspräsident sowie die Gouverneure weitreichende Vollmachten über das Verwaltungssystem, die Anwendbarkeit bzw. Revision von Gesetzen. Diese Bestimmungen inklusive der Entscheidung der Zentralregierung, wie mit Einwanderern verfahren wird, werden prinzipiell auch von der BJP akzeptiert.

Die wiederholten Unruhen im Bundesstaat Assam richteten sich eindeutig gegen Einwanderer aus Bangladesh, und die Regierung hat darauf reagiert, indem sie die Abschiebung aller Bangladeshis ankündigte, die nach einem bestimmten Stichtag einreisen. Die BJP je-



doch geht noch weiter und vertritt den unakzeptablen Standpunkt, daß es zwei Kategorien von Staatsbürgern gäbe, eben Hindus und Moslems. Zweifellos haben vor dem Sezessionskrieg gerade Pakistanis systematisch Hindus aus dem damaligen Ost-Pakistan vertrieben. Seit der Unabhängigkeit von Bangladesch haben diese Vertreibungen jedoch aufgehört. Auch wenn Hindus in Bangladesch nicht gerade als gleichberechtigt angesehen werden können, so sind es doch - wie auch die BJP erkennt - gerade Moslems, die, aus wirtschaftlicher Not, aus Bangladesch fliehen. Diese Moslems - nach deutscher Terminologie "Wirtschaftsflüchtlinge" - verlassen ihre Heimat, in der sie keine Arbeit mehr finden, in der Hoffnung, im relativ wohlhabenderen Indien mehr Glück zu haben. Sie sind also nicht etwa, wie die BJP glauben machen will, Teil eines groß angelegten islamischen Plans, Indien mit sich "wie die Karnickel vermehrenden Moslems zu überschwemmen" (die Terminologie ähnelt in mancher Hinsicht auffällig der hiesigen "Asyldebatte").

Eine Konföderation unabhängiger südasiatischer Staaten unter Ein-schluß von Indien, Pakistan und Bangladesch wie die Südasiatische Staatengemeinschaft (SAARC) ist jedenfalls nur dann glaubwürdig, wenn sie auch die freie Bewegung ihrer Bürger von einem Mitgliedsstaat zum anderen zuläßt, zumal wenn es sich um die Einwanderung von Moslems aus dem dicht bevölkerten Bangladesch in relativ dünn besiedelte Gebiete Indiens mit Hindumehrheit handelt. Hieraus eine Gefahr für Indiens Sicherheit zu konstruieren, bedarf es jedenfalls schon kühnster Phantasien.

Die Gefahr geht vielmehr von der BJP selbst aus: Wenn in Ländern wie Großbritannien oder Deutschland, bei steigender Arbeitslosigkeit, die feindlichen Reaktionen gewisser Gruppen auf farbige Einwanderer sofort als faschistisch, rassistisch, rechtsextrem, neo-nazistisch verurteilt werden, wie soll man dann die Aussagen der BJP zu zufällig andersgläubigen Einwanderern bezeichnen? Wenn es um die nationale Sicherheit Indiens geht, müßten wir uns viel eher Sorgen machen über die Aktionen von Subash Ghising und seinen nepalischen "Freischärlern" in Darjeeling. Für die BJP sind die Nepalis als Hindus allerdings gewissermaßen unantastbar. Mit ihren Äußerungen zu den Einwanderern aus Bangla-

desh hat sich die BJP als kommunistische Partei in einem säkularen Staat selbst für die Machtübernahme disqualifiziert. Wenn sie sich so sehr als "Law and Order"-Partei profiliert, muß sie wenigstens bereit sein, sich selbst an die Gesetze zu halten, anstatt Lynchjustiz zu propagieren.

In einem Rechtsstaat obliegt die Entscheidung über die An- oder Aberkennung von Bürgerrechten für Flüchtlinge allein den ordentlichen Gerichten. In Assam wurden Sondertribunale eingesetzt, um illegale Einwanderer zu identifizieren. Selbst wenn die Flüchtlinge aus Bangladesch als illegal klassifiziert werden sollten, können sie nur über den ordentlichen Rechtsweg abgeschoben werden. Eine politische Partei wie die BJP hat nicht das Recht, ihre Mitglieder praktisch zur willkürlichen Denunzierung von Einwanderern aufzufordern, wie mit der Resolution von Calcutta geschehen. Diese Aufforderung, bestehende Gesetze gerade zu mißachten, gefährdet die Grundpfeiler der indischen Gesellschaft. Wenn Indien 1971 etwa 30 Millionen Hindus aus Bangladesch aufnehmen konnte, so kann es heute sicherlich ohne große Anstrengungen ein paar Millionen Moslems "ertragen".

### Wachsende Staatsverschuldung

Nach offiziellen Angaben hat sich die Nettokreditaufnahme durch die Rao-Regierung in den ersten drei Monaten des aktuellen Finanzjahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt. Statistiken aus dem Finanzministerium belegen, daß die Regierung zwischen dem 31. März und dem 9. Juli 1993 bei der 'Reserve Bank of India' Kredite in einer Gesamthöhe von 189 Milliarden Rupien aufgenommen hat. Im gleichen Zeitraum 1992 waren es nur 91 Milliarden Rupien. Dieser Anstieg der Nettokreditaufnahmen fällt zusammen mit der Beendigung der 'Überwachung' wichtiger Wirtschaftsindikatoren Indiens durch den Internationalen Währungsfond. Dieser hatte im Rahmen der von der indischen Regierung eingeleiteten Stabilisierungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen ein 'Monitoring'-System eingerichtet, um wichtige Daten der ökonomischen Entwicklung Indiens zu kontrollieren. Nach einer Überprüfung der indischen Wirtschaftsleistungen im ersten Quartal dieses Jahres stellte der IWF das Überwachungssystem ein.

Als Ursachen für den starken An-

stieg der Kreditaufnahme werden vor allem zwei Faktoren gesehen. Zum einen nennt das Finanzministerium einen Rückgang der Staatseinnahmen um 50 Milliarden Rupien, zum anderen sind bei den Verkäufen von Staatsunternehmen nicht die erhofften Erlöse erzielt worden. Gleichzeitig ging außerdem die Industrieproduktion leicht zurück, während sie im letzten Jahr noch um sieben Prozent gestiegen war. Besonders betroffen war der Bergbau, der zu Beginn des letzten Finanzjahres noch Wachstumsraten von über 12 Prozent aufgewiesen hatte, jetzt aber einen Rückgang von fünf Prozent hinnehmen mußte. Auch in der verarbeitenden Industrie kam es seit März zu Produktionsrückgängen von knapp zwei Prozent gegenüber Zuwächsen von über sechs Prozent 1992.

### Quoten für OBC

Mit der Reservierung von 27 Prozent der Stellen im öffentlichen Dienst für sogenannte 'Other Backward Classes' hat die Regierung nun endlich eine Anordnung des obersten Gerichts in Delhi in die Praxis umgesetzt. Ausgeschlossen von diesem Reservierungsverfahren sind Angehörige der sogenannten 'creamy layers', daß heißt, Kinder von hohen Polizei- und Armeeeoffizieren, hochrangige Beamte und andere Privilegierte aus der Gruppe der OBC. Damit führt die Regierung ein leicht modifiziertes Quotensystem ein, an dem die Vorgängerregierung und der ehemalige Premier V.P. Singh noch gescheitert waren. Angesichts der bevorstehenden Wahlen in vier Bundesstaaten, deren Regierungen nach den Ayodhya-Unruhen abgesetzt und direkt der Zentralregierung in Delhi unterstellt wurden, kann die Einführung dieses Quotensystems auch als ein Versuch der 'Congreß'-Partei gewertet werden, die Position der linken Parteien, insbesondere der 'Janata Dal', zu schwächen.

### Druck auf Rao wächst

Nach den von Harshad Mehta geäußerten Korruptionsvorwürfen gegen Premierminister Narasimha Rao (siehe 'Südasiens', 5-6/93) gerät dieser zunehmend unter Druck. Schien er im Frühjahr dieses Jahres noch gestärkt und als Sieger aus dem Parteitag der 'Congress'-Partei hervorzugehen ('Südasiens', 4/93) wird auch die parteiinterne Kritik immer lauter. Mit Mühe überstand Rao in





Premier Raos Probleme sind weiterhin nicht gelöst (Foto: Walter Keller)

der Monsunsitzung des Parlaments ein Mißtrauensvotum, das von den linken Oppositionsparteien 'Janata Dal' und den Kommunisten initiiert und zusammen mit der 'Bharatiya Janata Party' (BJP) im Parlament getragen wurde. Als Chef einer Minderheitsregierung war Rao angesichts der offensichtlichen Einigkeit der Opposition auf die Unterstützung kleinerer Parteien und einzelner 'abtrünniger' Abgeordneter der Opposition angewiesen. Vor allem mit Hilfe einer Splittergruppe der von Ajit Singh geführten 'Janata Dal (A)' und der 'Jharkhand Mukti Morcha' (JMM) gelang es Rao, den Mißtrauensan-

trag mit einer Mehrheit von 14 Stimmen abzuwehren.

Bei den beiden letzten Mißtrauensanträgen, denen sich die Regierung seit Juli 1992 ausgesetzt sah, konnte Rao die Differenzen zwischen den beiden großen Oppositionsblöcken als eine Art 'Überlebensversicherung' für seine Regierung nutzen. So überstand er den Mißtrauensantrag im Juli 1992 mit einer Mehrheit von 55 Stimmen und die im Dezember 1992, nach der Zerstörung der Moschee in Ayodhya, gestellte Vertrauensfrage, wurde mit Hilfe der 'Left Front' und einem Vorsprung von 228 Stimmen, zurückgewiesen.

Als diesmal jedoch das Linksbündnis der 'National Front' beschloß, einem von der BJP geplanten Mißtrauensvotum gegen Rao zuvorzukommen, das dann von der BJP unterstützt werden mußte, schienen die letzten Tage der Amtszeit Raos angebrochen. Zudem beschloß Ajit Singh, der Anführer einer aus 20 Parlamentariern bestehenden Gruppe, die sich von der 'Janata Dal' getrennt und bisher die Politik Raos unterstützt hatte, für den Mißtrauensantrag zu stimmen. Die Aussicht, auf die Unterstützung dieser Gruppe verzichten zu müssen, löste in der Regierung Panik aus. Rao selbst wandte sich mit der Bitte um Unterstützung an den 'Chief Minister' Westbengalens, Jyoti Basu, und an die tamilische AIADMK der Ministerpräsidentin des Bundesstaates Tamil Nadu, Jayalalitha, die ihm jedoch von beiden verwehrt wurde. Stattdessen gelang es der Regierung, sieben Abgeordnete aus der 'Ajit Singh'-Gruppe vier Parlamentarier der für einen eigenen Bundesstaat 'Jharkand' eintretende JMM und drei Einzelstimmen auf ihre Seite zu ziehen. Entscheidend für das Überleben der Regierung Raos war die Spaltung der Gruppe um Ajit Singh, ohne deren Stimmen es zu einem Patt von 258 zu 258 Stimmen gekommen wäre. Inzwischen sind diese sieben Parlamentarier der 'Congreß'-Partei beigetreten.

Politische Beobachter in Delhi sehen in diesem 'Sieg' Raos eigentlich eine Schwächung seiner Position. Zum einen ist er zunehmend auf politische Splittergruppen angewiesen für die es immer leichter wird, die Regierung zu 'erpressen', will diese nicht ihre Parlamentsmehrheit verlieren. Zum anderen brechen seit dem Mißtrauensvotum innerhalb der 'Congreß'-Partei die Differenzen zwischen dem Minister für 'Human Resource Management' und dessen Anhängern einerseits und der Gruppe um Premier Rao andererseits immer offener zu Tage. Die Zahl der Anhänger Arjun Singhs innerhalb der Partei nimmt offenbar zu und es ist nicht ausgeschlossen, daß es ihm gelingt, Rao als Parteivorsitzenden abzulösen.

#### Mehta und Rao

Harshad Mehta, der mit seinen Korruptionsvorwürfen gegen Premierminister Rao den Anlaß für das Mißtrauensvotum gegen diesen geliefert hat, verliert offenbar weiter an Glaubwürdigkeit. So ist nach der



Auswertung und Veröffentlichung von Polizeiprotokollen über die Bewegungen und Aufenthaltsorte Raos am 4. November 1991 offenbar sicher, daß Rao zu der von Mehta angegebenen Zeit nicht in seiner Wohnung an der Race Course Road gewesen sein kann. Mehta will am Vormittag dieses Tages um 10.45 Uhr Rao in dessen Haus aufgesucht und ihm einen Koffer mit 6,7 Millionen Rupien überreicht haben. Mehta hat inzwischen bewiesen, große Summen Bargeld von verschiedenen Konten abgehoben und nach Delhi transportiert zu haben. Mehta hat außerdem Tonbandmitschnitte von Telefongesprächen mit hochrangigen Personen aus Politik und Wirtschaft veröffentlicht, die dahingehend interpretiert werden können, daß diese Personen von Zahlungen an den Premierminister gewußt haben - eindeutig sind die bisher von Mehta vorgelegten Telefonaufzeichnungen jedoch nicht. Auf einer Pressekonferenz Ende Juli bekräftigte er nochmals seine Behauptung, Rao insgesamt 10 Millionen Rupien gezahlt zu haben und beschuldigte die Regierung, eine großangelegte Vertuschungsaktion eingeleitet zu haben. Mit der Videoaufzeichnung eines 'unzensurierten' Interviews mit Justizminister Hansraj Bharadwaj versuchte er zu beweisen, daß mehrere hochrangige Politiker von seiner 'Freigiebigkeit' profitiert haben. Auf der Pressekonferenz war außerdem Jeremy Barrett, ein britischer Spezialist für Lügendetektortests, anwesend. Er gab an, Mehta und sein Bruder Ashwin hätten sich Anfang Juli einem solchen Test unterzogen. Dabei sei der Wahrheitsgehalt aller ihrer bisherigen Anschuldigungen gegen den Premierminister bestätigt worden. Die Schlüsselfrage, ob Mehta am 4. November einen Koffer voll Geld an Rao übergeben hat, sei mit einem deutlichen 'Ja' und ohne ein Anzeichen von Unwahrheit beantwortet worden. Dennoch bleiben Zweifel. Zum einen sind auch solche Tests nicht hundertprozentig sicher und manipulierbar, eine Tatsache, auf die eine Reihe von Experten sofort nach der Pressekonferenz hingewiesen haben. Zum anderen haben das Büro des Premierministers und die zu dessen Schutz abgestellten Sicherheitskräfte inzwischen eine Reihe von Protokollen vorgelegt, die belegen, daß Rao am Morgen des 4. November zu der von Mehta angegebenen Zeit nicht in seinem Haus gewesen sein kann. Diese

Protokolle gelten als fälschungssicher. Die Protokolle belegen jedoch, daß Rao zu diesem Zeitpunkt in seinem Büro und nicht in seinem Haus gewesen ist. Mehta, der bisher auf der Richtigkeit seiner sehr detaillierten Aussagen bestanden hat, hat nun seine Darlegungen bezüglich des Zeitpunktes der Geldübergabe relativiert. Nicht der Zeitpunkt sei wichtig, sondern die Tatsache, daß die Zahlung wirklich stattgefunden habe, so Mehta. Und sein Anwalt meint dazu: "Ich neige nun dazu zu glauben, daß das Treffen schon um 8.45 Uhr stattgefunden hat." So beruhen die gesamten Korruptionsvorwürfe gegen Rao weiterhin auf bisher unbewiesenen Behauptungen. Mehta ist es bisher nicht gelungen, Beweise für seine Anschuldigungen beizubringen. Nicht nur in der regierenden 'Congreß'-Partei, sondern auch in der Opposition, die ja die Korruptionsvorwürfe zur Grundlage des Mißtrauensvotums gemacht hatte, wächst der Zweifel an den Aussagen Mehtas. Ohne Korruption auch in höchsten Regierungskreisen ausschließen zu wollen und zu können - Mehta hat in dem von ihm angegebenen Zeitraum tatsächlich große Summen Bargeld bewegt - neigt man jetzt eher dazu, in Mehtas Aussagen auch einen Versuch zu sehen, die Aufmerksamkeit von den gegen ihn erhobenen Vorwürfen bezüglich des Börsenskandals abzulenken. Noch immer gilt er als der Hauptverdächtige im größten Finanzskandal der indischen Geschichte.

#### Fasten für Wasser

Mit einem Hungerstreik hat die um populistische Maßnahmen niemals verlegene Regierungschefin Tamil Nadus, Jayalalitha, eine neue Runde in den Auseinandersetzungen zwischen den Bundesstaaten Karnataka und Tamil Nadu um das Wasser des Cauvery-Flusses eingeleitet. Dem Cauvery kommt insbesondere in dem Gebiet seines Mündungsdeltas (etwa zwischen Thanjavur und Pondicherry) große Bedeutung für den Bewässerungsbau zu und ermöglicht dort bis zu drei Ernten im Jahr. Im Juli 1991 hatte ein von der Zentralregierung in Delhi eingesetztes 'Cauvery Water Dispute Tribunal' (CWDT) entschieden, wie das Wasser des Flusses zwischen den beiden Bundesstaaten zu verteilen ist (siehe 'Süd-asien', 3/92).

Das 'Fasten' der 45-jährigen ehemaligen Filmschauspielerin hatte

das Ziel, die Zentralregierung in Delhi zu veranlassen, die Landesregierung von Karnataka anzuweisen, diese Entscheidung des CWDT auch durchzusetzen. Nach drei Tagen brach Jayalalitha ihre medienwirksam in Szene gesetzte Aktion ab, ohne ihr Ziel erreicht zu haben. Dankbar nahm sie von dem Minister für Wasserressourcen, V.C. Shukla ein Glas Fruchtsaft entgegen, als dieser ihr zusagte, es würden zwei Komitees eingerichtet, die sich mit der Angelegenheit befassen sollen. Ein Komitee soll die tatsächliche Wassermenge des Cauverys bestimmen und so die Zentralregierung mit den Daten versorgen, die sie benötigt, "um angemessene Maßnahmen ergreifen zu können". Das Komitee soll sich aus leitenden Ingenieuren der vier Bundesstaaten zusammensetzen, durch die der Cauvery fließt und einem Ingenieur aus der Zentralregierung. Ein zweites Komitee soll dann eventuell bestehende Probleme für alle beteiligten Bundesstaaten verpflichtend lösen. Vor Journalisten erklärte Shukla, Karnataka, das sich bisher der Einrichtung solcher Komitees verweigert hätte, habe nun seine Einwilligung hierzu gegeben.

Während Jayalalitha noch über diesen 'großen Erfolg' triumphierte und ihren Hungerstreik beendete, verkündete nicht einmal eine Stunde nach dieser Presseerklärung Shuklas die Regierung Karnatakas, "Der aktuelle Vorschlag ist für Karnataka nicht akzeptierbar." Unbeeindruckt von diesem offensichtlichen Widerspruch gibt Jayalalitha vor, ihr Ziel erreicht zu haben. "Ich wollte, daß die Zentralregierung die Implementierung der Anweisung des CWDT garantiert und genau das habe ich erreicht," verkündete Jayalalitha und ignorierte dabei, daß weder der Premierminister noch Shukla oder sonst irgendjemand eine solche Zusage gemacht hatten.

Das CWDT hatte im April 1992 noch einmal bestätigt, daß Karnataka jährlich 205 Milliarden Kubikfuß Wasser nach Tamil Nadu durchzulassen habe. Dabei erkannte das Tribunal, daß diese Menge insbesondere in Jahren eines schlechten Monsuns zu revidieren sei. Sowohl in der Bewässerungssaison Juni 1991 bis Mai 1992, als auch in der darauffolgenden bis Mai 1993, war es jedoch aufgrund guter Regenfälle nicht notwendig, diese Menge zu überprüfen und neu festzusetzen. So war es Karnataka 1992-93 sogar möglich, 243 Milliarden Kubikfuß Wasser an Tamil



Nadu freizugeben.

Im gegenwärtigen 'Bewässerungsjahr', das im Juni begonnen hat, hätte Tamil Nadu entsprechend den Vorgaben des CWDT bis zum 15. Juli 31,5 Milliarden Kubikfuß Wasser zu erhalten. Tatsächlich jedoch waren es nach Regierungsangaben aus Madras nur 15 Milliarden Kubikfuß, während Karnataka angibt, 17 Milliarden Kubikfuß Wasser an den Nachbarstaat 'geliefert' zu haben. Die Differenz zwischen diesen beiden Angaben erklärt sich aus unterschiedlichen Meßmethoden an zwei verschiedenen Orten.

Aber auch ohne diese Differenz von etwa zwei Milliarden Kubikfuß ist Karnataka gegenwärtig weit davon entfernt, die zwei Jahre alte Entscheidung des CWDT auch in diesem Jahr zu erfüllen. Die Regierung in Bangalore erklärt das mit bis dahin unzureichenden Regenfällen.

Jayalalitha, die nach dem Bruch ihrer Koalition mit der 'Congreß'-Partei immer stärker unter Druck geraten ist, hat angesichts baldiger Nachwahlen in Tamil Nadu für mehrere Parlamentssitze tief in die populistische Trickkiste gegriffen und mit ihrer Aktion ihr Image als 'Landesmutter', die sich aufopferungsvoll um 'ihr' Volk kümmert, ihr öffentliches Ansehen zunächst wieder ein wenig aufpoliert. Die Widersprüche zwischen den Aussagen Shuklas und des Chief Ministers von Karnataka und die Tatsache, daß der Konflikt um das Cauverywasser noch lange nicht entschieden ist, werden von ihr zu diesem Zweck großzügig übersehen.

### Indiens Schwule entdecken ihre Rechte

Während die Rechte von Minderheiten in Indien wie den Adivasi spätestens jetzt im Jahr der indigenen Völker auch internationale Beachtung finden, werden Indiens Homosexuelle bisher international allenfalls in Nebensätzen zu AIDS-Dokumenten erwähnt. Indische Zeitungen widmen seit Bill Clintons Wahlversprechen, Schwule zur US-Armee zuzulassen, mehr Artikel den Rechten von Schwulen in den USA als der Situation von Homosexuellen im eigenen Land. Bekannt werden v.a. spektakulärere Fälle: So wurde die legale Heirat von zwei Lesben im Unionsstaat Maharashtra von Polizisten verhindert, wie der 'Indian Express' im April dieses Jahres berichtet. In der indischen Öffentlichkeit wird Homosexualität entweder als "vernachlässigbares"

Phänomen kaum zur Kenntnis genommen, als "Perversion" denunziert oder als ein weiteres Beispiel westlicher Dekadenz verurteilt. Die Hindukultur gebährdet sich aber doch tolerant genug, abweichendes Verhalten in einem gewissen Rahmen zu dulden oder zu übersehen - solange das Thema Homosexualität nicht offen ausgesprochen wird. So sieht man gerade im eher rigiden Unionsstaat Kerala öfters Männer Hand in Hand, und in der Nähe von Trivandrum wird jedes Frühjahr das Kotakulangara-Fest gefeiert, auf dem sich Tausende von (meistens verheirateten) Männern rituell zu Ehren der Göttin Devi als Frauen in Saris kleiden und schminken. Beides ist natürlich noch kein Zeichen für Homosexualität, sondern steht eher für die Doppelmoral der Hindukultur: Solange sie in ein religiöses Ritual gekleidet werden können, lassen sich in Grenzen auch Tabus darstellen.

Eine Schwulen- und Lesbenbewegung ist in Indien noch kaum zu entdecken. Erst der 1991 von der 'AIDS Bhedbhav Virodhi Andolan' (ABVA) in Delhi herausgegebene 'Citizen Report on the Status of Homosexuality in India' behandelt das Thema zum ersten Mal ausführlich. ABVA kämpft v.a. für die Rechte von Prostituierten in Delhis Rotlichtvierteln, die, besonders seit AIDS in Indien Thema ist, vielfach Opfer von Razzien und polizeilicher Verfolgung sind, ähnlich wie die Schwulen. Der unter dem Titel 'Less than Gay' veröffentlichte ABVA-Report will zum Abbau von Mythen und Vorurteilen über Homosexualität in Indien beitragen. So erfährt man aus dem Bericht, daß es mindestens vier Schwulenmagazine in Indien und fünf Schwulenorganisationen gibt. Die Tatsache, daß viele Schwule und Lesben in Indien sich gezwungen fühlen, ihre Orientierung zu verstecken, ist für ABVA Anlaß, eine Reihe von Forderungen zu stellen, die auf gleiche Rechte vor dem Gesetz für Homosexuelle und andere sexuelle Minderheiten wie z.B. die Kastratenkaste der Hijras, hinauslaufen.

### Narmada - Untersuchung läuft

Anfang Dezember soll der Bericht der Untersuchungskommission vorgelegt werden, die auf Drängen der 'Bewegung zur Rettung der Narmada' (NBA) im August von der Zentralregierung eingesetzt wurde, um eine umfassende Untersuchung des im Bau befindlichen Sardar-Sa-

rovar-Dammes vorzunehmen. Im September fanden bereits zwei Treffen mit NBA-VertreterInnen statt, in denen die Bewegung den fünf Mitgliedern der Kommission ihre Bedenken gegen den Staudamm und die unbefriedigende Praxis der bisherigen Genehmigungsverfahren erläuterten.

Gegen diese Untersuchung opponierten auch nach ihrer Einsetzung Befürworter des Staudamms vor allem in Gujarat, darunter auch das Parlament des Bundesstaates. Das Ergebnis der Untersuchung wird für die indische Regierung nicht bindend sein, die Staudamm-Gegner erhoffen jedoch ähnliche Auswirkungen wie nach der von der Weltbank in Auftrag gegebenen Morse-Studie.

Zur Zeit bewegt sich die Hauptkontroverse im Zusammenhang mit den Narmada-Projekten um die Schließung der provisorischen Schleusentore am Fuß des Sardar-Sarovar-Dammes. Sind diese Schleusen einmal geschlossen, können sie nicht mehr geöffnet werden. Der Damm ist dann bis zu einer Höhe von 53 Metern geschlossen. Die daraus folgende Überschwemmung wird dauerhaft sein und nicht - wie während des letzten Monsun - wieder abziehen. Alle Bäume im Gebiet des Stausees bis zur Höhe von 53 Metern müssen vor dem Schließen der Tore gefällt sein. Bisher sind die Behörden mit dem Fällen noch weit im Rückstand und die zunehmende Opposition in den betroffenen Dörfern wird es ihnen schwer machen, dieses Ziel zu erreichen.

Sollten die Schleusentore, wie zur Zeit geplant, im Dezember geschlossen werden, wird es flußabwärts mindestens 30 Tage lang kein Wasser geben. Bei einer Schließung im April wird es sogar 70 Tage dauern, bis der Stausee gefüllt ist und Wasser den Damm übersteigen kann.

Etwa eine Million Menschen in 210 Dörfern und fünf Städten sind flußabwärts vom Wasser der Narmada für ihre Trinkwasserversorgung abhängig. Etwa 10.000 Familien verdienen flußabwärts ihren Lebensunterhalt mit Fischfang. ForscherInnen, die in Kontakt mit der NBA sind, haben bei einer Untersuchung flußabwärts festgestellt, daß die Betroffenen nichts davon wissen, daß ihnen das Wasser abgeschnitten werden soll. Einige waren nicht einmal darüber informiert, daß der Staudamm gebaut wird. Die NBA will gegen die Schließung der



Tore Klage erheben, sobald die Entscheidung über den Termin gefallen ist.

Im September gab es eine Reihe von Demonstrationen und Protesten im ganzen Narmada-Tal, die sich vor allem auf die Überschwemmungen während des Monsun bezogen. Während dieser Zeit hatte der Staudamm vorübergehende Überschwemmungen verursacht, die mehrere Dörfer unter Wasser setzten. Die BewohnerInnen waren zwangsevakuert worden und hatten häufig nicht einmal Gelegenheit, ihre Habseligkeiten aus ihren Häusern zu retten. Bei der Rückkehr in ihre Dörfer waren die Evakuierten oft viele Tage zu Fuß unterwegs, da das Wasser die Wege unpassierbar gemacht hatte. Die von den Behörden zur Umsiedlung der BewohnerInnen neu angelegten Straßen sind bei dieser Überschwemmung weitgehend unterspült und zerstört worden - ein Umstand, den viele Dorfbewohner, die nicht umsiedeln wollen, durchaus mit Schadenfreude registrierten. Als nächste größere Protestaktion gegen den Staudamm ist ein Narmada-"Yatra", ein langer Marsch, von der Quelle der Narmada bis zur Mündung geplant. Er soll am 26. Oktober beginnen.

#### Internationale Erklärung gegen GATT Patentrechte

Mehr als 175 Juristen, Wissenschaftler, Politiker und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen u.a. aus Indien, Lateinamerika, Europa und Kanada trafen sich im September in New Delhi zu einer Konferenz über das GATT-Patentrecht. Auf der von der indischen 'National Working Group on Patent Laws' und drei internationalen Verbänden von Pharmaproduzenten einberufenen Konferenz wurden die GATT-Vertragsentwürfe zum Patentrecht (TRIPS, siehe 'Südasiens', 4/93) als schädlich für Menschen, Wissenschaft und Industrie einhellig kritisiert. Die Konferenz verabschiedete eine Resolution, in der insbesondere das Recht jedes Staates auf freie Wahl seines Wirtschafts- und Rechtssystems unterstrichen wurde. Den Staaten müsse das Recht zugestanden werden, Sektoren von großem öffentlichen Interesse angemessen zu schützen. Im GATT-Vertragsentwurf seien die öffentlichen Interessen gegenüber privatwirtschaftlichen unterrepräsentiert und er leiste Monopolisierungstendenzen Vorschub, was

auch für den Handel mit strategisch wichtigen Gütern gelte. Insbesondere wurden die Versuche zurückgewiesen, die Patentierung von Lebewesen zu sanktionieren. Darüberhinaus hält man GATT nicht für ein angemessenes Forum für die Diskussion geistiger Eigentumsrechte, die Thema der 'World Intellectual Property Organisation' (WIPO) seien.

#### Demonstrationen im Zeichen des Neem Baumes

Die Demonstrationen vom 2. Oktober, Gandhis Geburtstag, standen im Zeichen des Neem Baumes (übersetzt 'freier Baum'). Etwa 500.000 Menschen kamen dabei in der weltweit vielleicht größten Protestaktion gegen den Ausverkauf der Naturreichtümer und des intellektuellen Eigentums des Südens an die Konzerne der industrialisierten Welt zusammen. Der Neem Baum spielt seit tausenden von Jahren eine besondere Rolle in Kultur und Religion Indiens. Er ist wichtig in der Landwirtschaft, bei der Herstellung von Toilettenartikeln, Kosmetika und Medikamenten. Und er steht auch als Symbol für die Plünderung natürlicher Reichtümer der Dritten Welt durch den Norden. Bisher wurden in den USA schon 43 Patente auf Teile des Baumes an multinationale Konzerne vergeben. Die Neem Kampagne versucht, als einen Beitrag zum weltweiten Protest gegen die Dominanz westlicher Konzerninteressen die Rücknahme der gewährten Patentrechte zu erreichen: Freiheit für den 'Freien Baum'. Sie wurde initiiert von der 'Research Foundation for Science, Technology and Natural Resource Policy', 'Karnataka Rajya Raitha Sangha', 'Movement to Protect Independence', 'All India Drug Action Network' und vertritt 40 Millionen Mitglieder. Bisher wurde in Europa noch kein Patent vergeben. Doch wie die Grünen im Europaparlament erfahren, steht der erste positive Bescheid des Europäischen Patentamtes (EPA) in München auf ein Patentgesuch zum Neem Baum unmittelbar bevor. Mindestens acht weitere Anträge, hauptsächlich amerikanischer und japanischer Firmen, sind anhängig. Die Grünen werden als ihren Beitrag zur Neem Kampagne Einspruch beim EPA einlegen, sobald das Patent offiziell verliehen worden ist. Weitere Informationen sind bei Linda Bullard im Europaparlament, Tel.: 0032-2-2842026 erhältlich.

#### Hilfe für Erdbebenopfer

Eine dringende Bitte um finanzielle Unterstützung erreichte die 'Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt' (ASW), Berlin, nach dem furchtbaren Erdbeben im Bundesstaat Maharashtra von einigen dort ansässigen Projektpartnern.

Über 20.000 Tote wurden in den ersten Tagen nach dem Beben bereits geborgen, weitere werden noch unter den Trümmern vermutet. "Das Hauptanliegen unserer Projektpartner in dieser Region ist, sich um die Menschen zu kümmern, die von den Regierungsmaßnahmen nicht schnell genug erfaßt werden", sagt Sharad Kulkarni, Vorstandsmitglied von ASW Indien. "Wir wollen mit unseren Projektpartnern z. B. Unterkünfte für die Kinder schaffen, deren Eltern verletzt oder getötet wurden. Außerdem müssen wir uns um die Verletzten kümmern, die aufwendigere Behandlungen und langfristige medizinische Betreuung brauchen." Darüberhinaus ist beabsichtigt, bei der Beschaffung von Zugtieren und landwirtschaftlichen Geräten behilflich zu sein, damit die Betroffenen ihre Felder weiter bestellen können. Erfahrungsgemäß ist die Unterstützung mit Nahrungsmitteln zeitlich begrenzt, sodaß die Sicherung der nächsten Ernte besonders wichtig ist.

Der Schwerpunkt der Arbeit soll in den Dörfern liegen, die von der offiziellen Hilfe nicht oder wenig erreicht werden. "Eigentlich unterstützen wir nur Gruppen und Initiativen, die langfristig die Lebensbedingungen der Menschen verbessern wollen, arbeiten jedoch nicht in der Katastrophenhilfe", sagt Bernd Scheel vom Indien-Referat der ASW in Berlin. "In diesem Fall sind jedoch unsere Projektpartner betroffen, und selbstverständlich müssen wir diesen Gruppen Mittel zur Verfügung stellen."

Spenden werden erbeten auf das Sonderkonto der ASW, Kontonummer 555 bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin (BLZ: 100 101 11).